

**REPUBLIK ÖSTERREICH
Bundesministerium
für Arbeit und Soziales**

Zl. 50.200/16-1/95

1010 Wien, den 20.4.1995

Stubenring 1

DVR: 0017001

Telefon: (0222) 711 00

Telex 111145 oder 111780

Telefax 715 82 57

P.S.K.Kto.Nr.: 05070.004

Auskunft:

Klappe: -----

XIX. GP-NR
690 /AB
1995 -05- 08
817 /J

zu

BEANTWORTUNG

der Anfrage der Abgeordneten Mag. Guggenberger und Genossen
betreffend Judikatur des OGH zur Frage des Bestehens
eines Urlaubsanspruches für entgeltfortzahlungsfreie
Zeiträume Nr. 817/J, vom 22.3.1995

Anfrage:

1. Teilen Sie die Meinung der unterzeichneten Abgeordneten,
wonach die gegenständliche Judikatur arbeitnehmerfeindlich
und daher inakzeptabel ist?

Antwort:

Eine derartige Qualifizierung steht mir als Bundesminister
nicht zu.

Anfrage:

2. Sind Sie bereit, durch geeignete Gesetzesinitiativen zu
verhindern, daß Arbeitnehmer durch ein unverschuldetes Er-
eignis, wie eine langdauernde Krankheit, auf Urlaubsan-
sprüche verzichten müssen?

Antwort:

Sollte die Rechtsprechung die in den OGH-Entscheidungen
9 Ob A 38/94 und 8 Ob A 268/94 vertretene Rechtsansicht über
die Kürzung des Urlaubsanspruches um entgeltfortzahlungsfreie
Dienstzeiten auch für Sachverhalte beibehalten, die zeitlich
nach der Beschäftigungssicherungs-Novelle 1993, BGBl. Nr.
502/93, gelegen sind, werde ich entsprechende Gesetzes-
änderungen in die Wege leiten.

Der Bundesminister

